

Inhaltlich betrafen die Mehrzahl der Verträge, Beitritte und Abkommen die Förderung der internationalen, vorwiegend europäischen Zusammenarbeit und die Rechtsharmonisierung. Schwergewichte ergaben sich vor allem beim Schulwesen (d. h. der Sicherung von Plätzen für Liechtensteiner/innen) und bei Fragen der sozialen Sicherheit. Auch personelle und organisatorische Fragen der liechtensteinischen Aussenpolitik³³ waren mehrmals Gegenstand von Landtagsberatungen.

Tabelle 21 zeigt die *Zahl der Wortmeldungen* nach Jahr und Partei. Es fällt auf, dass in den untersuchten acht Jahren die beiden Fraktionen genau gleich viele Stimmen abgaben (106). Die aussenpolitische Debatte ist also nicht die Domäne einer Partei. Indessen erscheint die absolute Zahl der Stimmen gering: pro Vorlage waren im Durchschnitt 3,3 Wortmeldungen zu verzeichnen, d. h. weniger als zwei Stimmen pro Fraktion.

Tabelle 21

Zahl der Stimmen zu aussenpolitischen Vorlagen nach Parteizugehörigkeit des Stimmenten und Jahr

Jahr	VU	FBP
1978	25	20
1979	27	25
1980	4	3
1981	29	38
1982	13	7
1983	4	3
1984	0	2
1985	4	8
Total	106	106

³³ Z. B. die Schaffung einer ständigen Vertretung beim Europarat in Strassburg (20. 12. 1978), Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Österreich (15. 12. 1982) und die Errichtung einer diplomatischen Vertretung beim Heiligen Stuhl (23. 10. 1985).